

„Europa funktioniert nicht gut ... Ich bin für ein Europa das verantwortlich handelt und solidarisch ist“

(französischer Ministerpräsident Macron, ZDF heute vom 6.9.2018)

„Rekordzustimmung für die EU“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.5.2018)

„Unsere Zukunft liegt in Europa“

(Parteiprogramm der Bay. GRÜNEN lt. SZ vom 6.9.2018)

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
bei Pro Asyl.

Für manche ist die Europäische Union ein Bürokratiemonster das mit deutschem Geld finanziert wird, für andere ein postkolonialer Ausbeutungsverbund neuer Art. Für viele Geflüchtete ist sie ein Sehnsuchtsort. Die Politik von immer mehr Ländern verfolgt zunehmend nationale Interessen und wendet sich von der Union ab oder verlässt sie – Ungarn, Polen, Österreich, Italien, die Niederlande und Großbritannien sind die herausragenden Beispiele. Andererseits erbrachte die letzte der regelmäßigen repräsentativen Umfragen der Europäischen Kommission, der *Eurobarometer*, eine Rekordzustimmung durch die Bürger*innen: 60 % der Europäer*innen und 79 % der Deutschen hielten bei der Juni-Umfrage die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache.

Was unvereinbar erscheint, spiegelt aber tatsächlich die Realität wieder. So vielfältig ist Europa und die Sicht auf die Union. Der *Eurobarometer* steht nicht im Widerspruch zu den Erfolgen europakritischer, nationalistischer Parteien. Die Menschen erleben Europa im Alltag positiv: Reisefreiheit und berufliche Mobilität, Kulturaustausch und Konsumvielfalt und das Bewusstsein, dass der 70-jährige Frieden auch dieser Union zu danken ist lassen allmählich eine europäische Identität entstehen. Ihr wesentlicher Inhalt ist Demokratie, Freiheit und Ach-

tung der Menschenrechte. Die nationalistische Politik verschiedener Länder ist demgegenüber dem Geltungsdrang einzelner Politiker*innen und ihrer Parteien geschuldet, die ein, auch von ökonomischen Interessen geprägtes, Klientel bedienen. Destruktive Kritik an vorgeblichen Sündenböcken erntet oft schnellen Zuspruch.

Dem gilt es entgegenzuwirken. Widerstand gegen die faktische Wiedereinführung der Binnenkontrollen und die Abschottung der Außengrenzen, Beendigung der Übervorteilung der 2. und 3. Welt durch europäische Konzerne und Angleichung der sozialen Verhältnisse im Binnenmarkt, Kampf gegen bürokratische Auswüchse und die Missachtung der Menschenrechte und den Abbau des Rechtsstaates in immer mehr Ländern sind unser aller Pflicht. Wenn wir sie erfüllen, ist Europa unsere Zukunft.<